



Niederschrift

über die 21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am Dienstag, dem 25.10.2016, 17:00 Uhr, im Ratssaal, Eingang Schillerstraße

Anwesend:

Vorsitz

Kurt Pirmann

Fraktionsmitglieder

Dr. Christoph Gensch

(Fraktionsvorsitzender CDU)
ab 17:47 bis 18.43 Uhr - TOP 4

Ingrid Kaiser

(Fraktionsvorsitzende FDP) ab
17:09 bis 18:43 Uhr - TOP 4

Ortsvorsteher/in

Andreas Hüther

(Ortsvorsteher Oberauerbach)

Ausschussmitglieder

Evelyne Cleemann

Hedi Danner

Thomas Eckerlein

Maria Goos-Hoefer

Thorsten Gries

(ab 17:07 Uhr)

Bernd Helbing

Gerhard Hemmer

Vertretung für Herrn Kurt
Dettweiler

Elisabeth Metzger

Volker Neubert

Vertretung für Herrn Christian
Fochs

Matthias Nunold

(bis 19:29 Uhr)

Dr. Norbert Pohlmann

Vertretung für Herrn Wolfgang
Beer

Dirk Schneider

Elke Streuber

Pervin Taze

(bis 19:05 Uhr)

Protokollführung

Martin Quirin

von der Verwaltung

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Heinz Braun	(Amt 10)
Werner Brennemann	(Stw./L)
Dr. Annegret Bucher	(Amt 30/L)
Willi Conrad	(Amt 60/601)
Harald Ehrmann	(Amt 60/61)
Hermann Eitel	(Amt 60/66)
Frank Filbrich	(Amt 14)
Nadine Hartmann	(Amt 60/66)
Sibil Kilic	(Quartiersmanagement Soziale Stadt) bis 18:04 Uhr TOP 2
Jutta Klein	(Amt 60/61) bis 18:50 Uhr TOP 6
Barbara Kleiner	(Amt 60/61) bis 18:50 Uhr TOP 6
Christian Michels	(Amt 60/L)
Jörg Müller	(Amt 60/65) bis 18:43 Uhr TOP 4
Thorsten Schuhmacher	(Stw.)
Yvonn Weber	(Quartiersmanagement Soziale Stadt) bis 18:04 Uhr TOP 2

Gäste

Kerstin Kiehm	(Leiterin Helmholtz-Gymnasium)
Dipl.-Ing. Kurt Schwan	(WVE GmbH, Kaiserslautern)

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Wolfgang Beer
Kurt Dettweiler
Christian Fochs

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Sonstiges;
Photovoltaik entlang der Autobahn A 8
Vorlage: 60/0585/2016
- 2 Sonstiges;
Quartiersmanagement "Soziale Stadt"
Vorlage: 60/0584/2016
- 3 Sonstiges;
Bauzeitenplan für angehende Hochbauprojekte
Vorlage: 60/0581/2016
- 4 Sonstiges;
Umbau und Erweiterung Mensa/Mehrzweckraum Helmholtz-Gymnasium
Vorlage: 60/0582/2016
- 5 A) Sanierung Innenstadt Zweibrücken
Sanierungsgebiet „Innenstadt/Herzogvorstadt“ (SAN I, einfaches Sanierungsgebiet)
und
Sanierungsgebiet „Obere Vorstadt/Bereich Luitpoldstraße“ (SAN II, klassisches
Sanierungsgebiet);
Anpassung Modernisierungsrichtlinie und Modernisierungsvereinbarung an die
Vorgaben der ADD
B) Soziale Stadt
Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen
Modernisierungsrichtlinie und Modernisierungsvereinbarung gemäß Vorgaben der
ADD
Vorlage: 60/0579/2016
- 6 Straßen- und Verkehrswesen;
Geschwister-Scholl-Allee / Wendebereich an der Schließ
Umgestaltung und erforderliche Verkehrsreglung
Vorlage: 60/0587/2016
- 7 Bauleitplanung der Nachbargemeinden;
Bebauungsplanverfahren der Stadt Blieskastel
Bebauungsplan BW.03.01 "Rechts der Ballweiler Straße", 1. Änderung
Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB sowie
Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 60/0583/2016
- 8 Grundsatzbeschluss über die zukünftige Gestaltung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 60/0559/2016

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Vor der 21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses trafen sich Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses um den Zustand der Kohlenhofstraße vor Ort in Augenschein zu nehmen.

Folgende Mitglieder waren anwesend (in alphabetischen Reihenfolge): Danner, Eckerlein, Goos-Hoefer, Hemmer, Helbing, Metzger, Nunold, Pirmann, Dr. Pohlmann, Schneider, Streuber, Taze.

Von der Verwaltung: Braun, Dr. Bucher, Ehrmann, Eitel, Michels.

Die Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses begutachten einen Teil der Straße zwischen AWO-Heim und Zollamtstraße. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Kohlenhofstraße im klassischen Sanierungsgebiet liege. Mögliche Sanierungsmittel, die nicht in Anspruch genommen werden, können verfallen.

Herr Ehrmann (Abteilungsleiter Stadtplanung) erläutert die Straßenlage. Bei einer möglichen Sanierung sei ein Wendehammer angedacht. Bei einer Sanierung der Straße entfielen auf die Stadt 20% der förderfähigen Kosten. Bei einem „klassischen“ Ausbau 36%.

Herr Eitel (Abteilungsleiter Tiefbau) fügt hinzu, dass die Kohlenhofstraße keine Widmungsverföhrung habe und z.B. keine Oberflächenentwässerung enthalte und auch kein Ausbau über wiederkehrende Beiträge möglich sei.

Der Vorsitzende betont, dass es hier nur um eine „in Augenscheinnahme“ handele. Möglicher Planungsvorschlag und Kostenschätzung erfolge in einer Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Es sei möglich die Straße bis zum Wendehammer und den Rest als Radweg (Richtung Ernstweiler) auszubauen.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegende Information zur Kenntnis.

Vor Beginn der anschließenden Bau- und Umweltausschusssitzung schlägt der Vorsitzende vor, den Tagsordnungspunkt 6 vorzuziehen (Photovoltaik entlang der Autobahn), da ansonsten der Vortragende zu lange warten müsste.

Der Bau – und Umweltausschuss ist mir der Vorgehensweise einverstanden.

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

I. Öffentlicher Teil

Punkt 1: **Sonstiges;**
(öffentlich) **Photovoltaik entlang der Autobahn A 8**
 Vorlage: 60/0585/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0585/2016.

Er bittet Herrn Dipl.-Ing. Kurt Schwan (WVE GmbH, Kaiserslautern) um weitere Ausführungen. Zudem weist er darauf hin, dass in der Informationsvorlage das Datum des beabsichtigten Aufstellungsbeschlusses des Bebauungsplanes bzw. Änderungsbeschluss des Flächennutzungsplanes nicht korrekt sei (Protokollanmerkung: 07.12.2016).

Herr Dipl.-Ing. Schwan erläutert anhand einer Präsentation das geplante Projekt zur Errichtung einer 10 MWp (=Megawatt peak) Photovoltaikanlage – Freiflächenanlage.

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Er weist ausdrücklich darauf hin, dass im Bezug auf Kampfmittelfunde eine Vorsondierung erfolgen müsse.

Ausschussmitglied Schneider teilt mit, dass er grundsätzlich das geplante Projekt begrüße. Er freue sich, dass in diesem Bereich etwas auf den Weg käme. Nach seiner Ansicht seien weitere Flächen, „nach Südwesten hin“, für eine Erweiterung auch geeignet.

Ausschussmitglied Dr. Pohlmann findet das Projekt eine gute Idee und sei, auch unter dem Aspekt des Klimaschutzes, eine tolle Sache. Zum Thema „Beteiligung an der Betreibergesellschaft“ möchte er wissen, ob sich Privatpersonen grundsätzlich auch daran beteiligen können.

Herr Dipl.-Ing. Schwan antwortet, dass dies grundsätzlich möglich sei. Wenn aber die Eigentümerstruktur zu sehr divers sei, käme man eventuell schwierig in Entscheidungsprozesse hinein. Man favorisiere eine gesellschaftsrechtliche Lösung zwischen den städtischen Partnern und WVE GmbH die die Investitionen und den Betrieb umsetzen. Man habe auch schon andere Gesellschaften gegründet bei dem eine Bürgergenossenschaft beteiligt sei. Zu einer möglichen Erweiterung sehe der Gesetzgeber vor, dass für Erweiterung von Anlagen (bis zu 10 MWp Leistung) ein Jahr Wartezeit im Umkreis von 2,5 km hätten.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dipl.-Ing. Schwan, dass die Mindestlaufzeit der Anlage 21 Jahre beträgt.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen zur Kenntnis.

Verteiler:
1 x Amt 60/61

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 2: **Sonstiges;**
(öffentlich) **Quartiersmanagement "Soziale Stadt"**
 Vorlage: 60/0584/2016

Im Vorfeld des Tagesordnungspunktes werden die Flyer „Einladung zur Auftaktveranstaltung 28.10.2016“ und „Vorbereitende Untersuchungen und integriertes Entwicklungskonzept“ Soziale Stadt an der Steinhauser Straße ausgeteilt.

(Die Flyer sind im Bürgerinformationssystem sowie im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0584/2016.

Er bittet das Quartiersmanagement (Frau Sibil Kilic und Yvonn Weber) um weitere Ausführungen.

Frau Kilic führt aus, dass sie bezüglich Projekt „Soziale Stadt – entlang des Hornbachs/Breitwiesen“ über den aktuellen Stand informieren möchte. Das Beratungsbüro Dr. Sven Fries sowie das Landschaftsplanungsbüro Bierbaum.Aichele habe den Auftrag zu den vorbereitenden Untersuchungen sowie das integrierte Entwicklungskonzept erhalten und abgearbeitet.. Bei den vorbereitenden Untersuchungen seien sozialräumliche und städtebauliche Analysen sowie Bürgerbeteiligungsaktionen durchgeführt worden. Hierbei ging es darum, die Stärken und Schwächen des Fördergebietes, zusammen mit den Bürgern, herauszufinden. Dabei wurde u.a. eine Auftaktveranstaltung, Zukunftswerkstatt, Sicherheitsbegehung und eine Abschlussveranstaltung durchgeführt. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse wurde ein Entwicklungskonzept aufgestellt und entsprechende Maßnahme und Ziele formuliert. Im Zuge dessen wurde eine Quartiersmanagement eingerichtet (Frau Sibil Kilic und Yvonn Weber). Bei der Auftaktveranstaltung „Jetzt geht’s los“ am 29.09.2016 (Soziale Stadt entlang des Hornbachs/Breitwiesen) seien die Bürger und auch die Kinder bei der Schulhofumgestaltung der Grundschule-Breitwiesen mit eingebunden worden. Kinder hätten u.a. die Möglichkeit gehabt, über neue Spielgeräte mit abzustimmen sowie Bürger über Fitnessgeräte, da nach der Sanierung des Schulhofes als ein öffentlich zugänglicher Bereich geplant sei. Zur Auftaktveranstaltung wurde zudem auch eine Ergebnisdokumentation erstellt.

Frau Kilic erläutert im Anschluss die aktuellen städtebauliche Maßnahmen (Kita Sonnenschein, Grundschule Breitwiesen und Wohnumfeld Breitwiesen sowie weitere konzeptionelle Überlegungen (Suche Stadtteilbüro, Aufbau Jugendnetzwerk, Erstellung Stadtteilzeitung, Modernisierungsrichtlinie und Modernisierungsvertrag und Verfügungsfonds).

Frau Weber berichtet, dass der Verfügungsfonds eine Maßnahme im integrierten Entwicklungskonzept sei. Ziel des Verfügungsfonds sei soziale, bauliche, kulturelle, und freiraumbegozogene Maßnahmen zu unterstützen damit die Lebensqualität im Gebiet, in gemeinsamer Verantwortung aller Akteure, verbessert werde. Die Maßnahmen müssten im öffentlichen Interesse liegen und mit dem Ziel des Entwicklungskonzeptes vereinbar sein. Hier möchte der Fördergeber auch das ehrenamtliche Engagement unterstützen. Desweiteren sollen die Kooperation von unterschiedlichen Akteuren gestärkt und u.a. den Umwelt und Naturschutz gefördert werden. Es können aber auch Kunstprojekte, sportliche Aktivitäten und Feste mit bedacht werden. Der Verfügungsfond, bei denen ein oder mehrerer Maßnahmen gefördert werden kann, liege im Rahmen von 5.000,-- €. Über eingegangene Anträge werde die Lenkungs-

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

gruppe „Soziale Stadt – entlang des Hornbachs/Breitwiesen“ entscheiden. Der Fonds werde bei denen „Vor Ort“ tätige Institutionen und Vereinen vorgestellt. Hierzu sei auch ein Flyer erstellt worden.

Frau Werber informiert weiter, dass bei der Auftaktveranstaltung „Soziale Stadt – entlang des Hornbachs/Breitwiesen“ die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit erhalten hätten ihre Prioritäten bezüglich von drei vorgeschlagenen Maßnahmen festzulegen. An erster Stelle sei die Reaktivierung der Brücke Stegwiesen gekennzeichnet worden. Dann folgend: Fußgängerunterführung Schwalbenstraße/Masurenstraße (evtl. Beleuchtungskonzept), Wohnumfeldverbesserung Schwalbenstraße. Die Maßnahmen seien ein langer Prozess und man wolle auch die Anwohner mit einbinden und mitnehmen. Für politische Unterstützung und Anregungen sei man auch sehr dankbar.

Ausschussmitglied Schneider regt an, dass man im Bereich der Schwalbenstraße geeignete Fahrradunterstellmöglichkeiten schaffen könne.

Frau Weber führt aus, dass die GeWoBau (Gesellschaft für Wohnen und Bauen) bereits Kontakt mit den Mietern aufgenommen habe.

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem eingestellt.)

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen positiv zur Kenntnis.

Verteiler:

1 x Amt 60/61

1 x GeWoBau

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 3: **Sonstiges;**
(öffentlich) **Bauzeitenplan für angehende Hochbauprojekte**
 Vorlage: 60/0581/2016

Der Vorsitzende informiert, dass Herr Müller (Hochbauabteilungsleiter Stadtbauamt), auch unter Berücksichtigung des KI 3.0 Programms (Rheinland-pfälzisches Landesprogramm zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG)), eine Übersicht der aktuellen Hochbau-projekte erarbeitet habe. Er bittet Herr Müller um weitere Ausführungen.

Herr Müller informiert anhand einer Powerpointpräsentation über die geplanten Hochbauprojekte.

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Ausschussmitglied Schneider möchte wissen, wie mit einer möglichen „Feuchteentwicklung“ bei der Umbaumaßnahme Keller für Raumerweiterung Arche Kunterbunt umgegangen werde.

Herr Müller antwortet, dass man durch „Aufständermaßnahmen“ entgegenwirke um eine eventuell entstehende Feuchte nicht im Raum ankommen zu lassen.

Abschließend schätzt er die Gesamtkosten der Projekte auf rund 9,3 Mio. Euro.

Auf Nachfrage erklärt der Vorsitzende, dass, wenn die Kinderzahlen so bleiben, man noch mehr Kindergartenplätze schaffen werden müsse.

Ausschussmitglied Hemmer bittet um Nachreichung der Unterlagen.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen zur Kenntnis.

Verteiler:
1 x Amt 60/L
1 x Amt 60/65

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 4: **(öffentlich)**

Sonstiges; **Umbau und Erweiterung Mensa/Mehrzweckraum Helmholtz-** **Gymnasium** **Vorlage: 60/0582/2016**

Der Vorsitzende informiert, dass bezüglich des Tagesordnungspunktes „Umbau und Erweiterung Mensa/Mehrzweckraum Helmholtz-Gymnasium“ es lediglich um die Unterrichtung des Bau- und Umweltausschusses gehe. Unter dem rechtlichen Gesichtspunkt sei es nicht möglich, dass die Schule heute eine Stellungnahme abgebe. Auch Herr Dr. Gensch (Fraktionsvorsitzender CDU und Mitglied des Stadtrates) könne, aus formalen Gründen, kein Rederecht heute eingeräumt werden. Der Vorsitzende schlägt vor, dass in einer weiteren Sitzung des Bau- und Umweltausschusses die Leiterin des Helmholtz-Gymnasiums (Frau Kiehm) als „Fachkraft“ hinzugezogen werden könnte und ihren Standpunkt aus fachlicher Sicht darlegen könnte.

Der Bau- und Umweltausschuss ist mit der Vorgehensweise einverstanden.

Er bittet Herrn Müller (Abteilungsleiter Hochbau) um weitere Ausführungen.

Herr Müller stellt anhand einer Präsentation die Erweiterung Mensa/Mehrzweckraum (MZR) Helmholtz-Gymnasium dar.

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Die momentane Bestandsituation: Mensa/MZR ca. 145 m² Fläche (100 Sitzplätze) = 300 Essen in 3 Schichten möglich.

1. Bauabschnitt: Umbau der Treppenhäuser: = direkte Entfluchtung, Öffnung und Erweiterung der Mensa / MZR ca. 525 m² Fläche, 125 Sitzplätze (Mensa) = 375 Essen in 3 Schichten.

2. Bauabschnitt: Erweiterung der Mensa/MZR um ca. 120 m² (ca. 645 m²), 200 Sitzplätze (Mensa) = 600 Essen in 3 Schichten.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Müller, dass man durch den 2. Bauabschnitt 120 m² überdachter Schulhof verlieren würden, dies könne man aber an anderer Stelle wieder herstellen. Die Baukosten für den 2. Bauabschnitt für Umbau der Mensa / Mehrzweckraum schätzt er auf 350.000,-- €. Die Gesamtkosten lägen bei ca. 500.000,-- €.

Ausschussmitglied Helbing fragt, wie hoch die Kosten bei einer Instandsetzung der alten Feuerwache seien.

Herr Michels (Leiter des Stadtbauamtes) antwortet, dass bei einer Grundsanierung der alten Feuerwache die Kosten bei ca. 790.000,-- € lägen. Bei weiteren notwendigen Umbauarbeiten läge man dann aber bei weit über einer Million Euro.

Ausschussmitglied Neubert schlägt vor, über eine, auch unter dem Aspekt der Kosten, Mehrzweckhalle nachzudenken.

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass dies keine Zustimmung bei der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) finden würde. Er habe viele Gespräche u.a. diesbezüglich geführt. Er befürchtet, dass auch keine Genehmigung des städtischen Haushalts in dieser Form erfolge. Eine Kubatur in dieser Form liege bei ca. 1,4 Mio. Euro. Ein Umbau der alten Feuerwache sei, aus Kostengründen, nicht möglich.

Ausschussmitglied Schneider findet es sinnvoll, dass man hier die Planungsalternativen aufzeige. Man habe aber auch einen Stadtratsbeschluss der vorsehe, die „alte“ Feuerwache abzureißen. Es sehe aber Potential in der Fahrzeughalle der „alten Feuerwache“ die könne man zu einer Mensa/Mehrzweckhalle ausbauen. Er schlägt vor, die Fahrzeughalle und einen dortigen Teil des Pausenbereichs mit Photovoltaik zu überdachen. Nach seiner Meinung, sei die Bausubstanz der Fahrzeughalle durchaus tragfähig.

Ausschussmitglied Taze möchte wissen, ob durch die Erweiterung der Mensa, Essen auch in der Halle zu sich genommen werden solle.

Herr Müller antwortet, dass die Essenseinnahme nur im Mensabereich angedacht sei.

Ausschussmitglied Gries begrüßt die vorgestellte Planung. Er ist der Meinung, dass man das betreffende Grundstück, durch den Abriss der „alten“ Feuerwache, weiterentwickeln könne.

Auf Nachfrage bestätigt Herr Müller, dass durch die erste Erweiterung der Mensa ca. 125 Kinder im Speiseraum essen können. Die Erweiterungsmöglichkeit der Mensa beziehe sich auf größere Veranstaltungen.

Der Vorsitzende fügt ergänzend hinzu, dass die ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion) darauf hingewiesen habe, dass die Mahlzeiten zu drei verschiedenen Zeiten eingenommen werden sollen/können.

Herr Michels (Leiter des Stadtbauamtes) erläutert, auf Nachfrage, dass man die Mensa und den Mehrzweckraum für größere Veranstaltungen gemeinsam nutzen könne. Im „Normalbetrieb“ werde aber ausschließlich die Mensa zur Essenseinnahme genutzt d.h. es werden die Räumlichkeiten grundsätzlich getrennt genutzt; seien aber kombinierbar.

Ausschussmitglied Schneider bemerkt, er sehe hier, in Relation zu den Kosten, bei einer Erweiterung von 120 m² keinen großen Fortschritt.

Ausschussmitglied Hemmer bittet darum, dass man bei den Planungen die Schule mehr mit einbinden möge.

Der Vorsitzende führt aus, dass die Schule in den Planungen mit eingebunden wurde. Auch müsse man einen vernünftigen Kompromiss finden, insbesondere auch unter Berücksichtigung der finanziellen Haushaltslage der Stadt.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen zur Kenntnis.

Verteiler:

1 x Amt 60/65

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 5: **(öffentlich)**

A) Sanierung Innenstadt Zweibrücken
Sanierungsgebiet „Innenstadt/Herzogvorstadt“ (SAN I, einfaches Sanierungsgebiet) und
Sanierungsgebiet „Obere Vorstadt/Bereich Luitpoldstraße“ (SAN II, klassisches Sanierungsgebiet);
Anpassung Modernisierungsrichtlinie und Modernisierungsvereinbarung an die Vorgaben der ADD
B) Soziale Stadt
Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen
Modernisierungsrichtlinie und Modernisierungsvereinbarung gemäß Vorgaben der ADD
Vorlage: 60/0579/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0579/2016.

Er verweist darauf, dass es hier um eine Anpassung der Modernisierungsrichtlinien und Modernisierungsvereinbarungen unter den Vorgaben der ADD (Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Süd) handele. Eine wesentliche Änderung sei auch die Förderung der berücksichtigungsfähigen Kosten. Hier sei die Förderung auf 40%, höchstens aber 30.000,-- € begrenzt (bisher 20% und bis zu 37.500,-- €). Die Vertragsbindung wurde auf 10 Jahre (bisher 25 Jahre) festgesetzt.

Der Bau- und Umweltausschuss empfiehlt **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschlussvorschlag:

A) Sanierung Innenstadt

Der Übernahme der von der ADD vorgegebenen Muster für die Modernisierungsrichtlinie und die Modernisierungsvereinbarung wird zugestimmt. Die aufgelisteten zusätzlichen Bestimmungen sind einzuarbeiten.

Die geänderte Fassung tritt zum 1.1.2017 in Kraft.

B) Soziale Stadt

Der Übernahme der von der ADD vorgegebenen Muster für die Modernisierungsrichtlinie und die Modernisierungsvereinbarung wird zugestimmt. Die geänderte Fassung tritt zum 1.1.2017 in Kraft.

Verteiler:

1 x Amt 60

1 x GeWoBau als San.träger

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 6:
(öffentlich)

Straßen- und Verkehrswesen;
Geschwister-Scholl-Allee / Wendebereich an der Schließ
Umgestaltung und erforderliche Verkehrsregelung
Vorlage: 60/0587/2016

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0587/2016.

Er informiert, dass es sich hier um eine Umgestaltung und eine notwendige Verkehrsregelung handle insbesondere um die erforderlichen Rettungswege. Er erläutert die vorgesehenen Umgestaltungsmaßnahmen (wie in der Informationsvorlage dargelegt).

Ausschussmitglied Helbing begrüßt die vorgestellten Umgestaltungsmaßnahmen.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen zur Kenntnis.

Verteiler:
1 x Amt 60
1 x Amt 32

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 7:
(öffentlich)

**Bauleitplanung der Nachbargemeinden;
Bebauungsplanverfahren der Stadt Blieskastel
Bebauungsplan BW.03.01 "Rechts der Ballweiler Straße", 1. Änderung
Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2
BauGB sowie
Abstimmung mit den Nachbargemeinden gem. § 2 Abs. 2 BauGB
Vorlage: 60/0583/2016**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0583/2016.

Es handele sich um eine Stellungnahme. Die Belange der Stadt Zweibrücken seien durch die genannte Planung nicht berührt.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die vorliegenden Informationen zur Kenntnis.

Verteiler:
1 x Amt 60/61

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Punkt 8: **Grundsatzbeschluss über die zukünftige Gestaltung der Straßenbeleuchtung**
(öffentlich) **Vorlage: 60/0559/2016**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage Nr. 60/0559/2016.

Er informiert, dass der Tagesordnungspunkt vom Stadtrat am 21.09.2016 zur abschließenden Entscheidung an den Bau- und Umweltausschuss verwiesen wurde. Es gehe heute um die grundsätzliche Entscheidung über vier Lampentypen die auch bereits teilweise in einigen Straßenbeleuchtungsanlagen schon vorhanden seien.

Ausschussmitglied Neubert bezweifelt, dass hier ein Grundsatzbeschluss notwendig sei. Man könne je nach der jeweiligen auszubauender Straße entscheiden. Er befürworte einen Grundsatzbeschluss über den Einsatz von LED-Leuchten.

Der Vorsitzende bittet Herrn Schuhmacher (Stadtwerke Zweibrücken GmbH) und weitere Erläuterungen.

Herr Schuhmacher erläutert anhand einer Präsentation das allgemeine Vorgehen bei der Planung der Beleuchtungserneuerung, die Leuchtenkriterien und mögliche Förderungen durch Projektträger Jülich (Projektträger Jülich setzt im Auftrag von Bundes- und Landesministerien sowie der Europäische Kommission u.a. Forschungs- und Innovationsförderprogramme um).

(Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.)

Herr Eitel (Abteilungsleiter Tiefbau) bestätigt, dass alle Fördermöglichkeiten ausgeschöpft werden.

Nach reger Aussprache beschließt der Bau- und Umweltausschuss **e i n s t i m m i g** folgenden

Beschluss:

Bei der Gestaltung der Straßenbeleuchtungsanlagen sollen zukünftig die vorgestellten Leuchten oder Leuchten baugleicher Art verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	12
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 12 Mitglieder des Bau- und Umweltausschusses teil.

Verteiler:

1 x Amt 60/66
1 x Stw.

21. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 25.10.2016

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:47 Uhr.

Der Vorsitzende

Kurt Pirmann

Der Schriftführer

Martin Quirin